

# ASTA INFO

Herausgegeben vom Allgemeinen Studentenausschuß und den Fachschaften der Justus Liebig Universität Gießen

18.11.1982

## HAUSHALTS- POLITIK IST GESELLSCHAFTS- POLITIK

*In dem AstA-Info extra 1 haben wir die konkreten Inhalte und Auswirkungen der BAFÖG-Beschlüsse der Bundesregierung dargestellt. Folgende Wirkungen sind von ihr beabsichtigt:*

- Verdrängung der Kinder aus Familien mit niedrigem Einkommen und der Frauen von der Hochschule,
- Verstärkung des Studiendrucks, und
- faktische Abschaffung des Zweiten Bildungsweges und der nur schulischen Berufsbildung.

*Betroffen sind wir Studenten nicht nur durch die Umstellung des BAFÖG auf Voll-darlehen, sondern auch von anderen "sparpolitischen" Maßnahmen im Rahmen der Haushaltsbeschlüsse. So geht es auch an unseren Geldbeutel bei der Erhöhung der Mehrwertsteuer, der Selbstbeteiligung an den Krankenhauskosten, u.a.*

### UMFASSENDE HAUSHALTSKÜRZUNGEN

Die ab dem 1.7.83 vorgesehene Mehrwertsteuererhöhung von 13 auf 14 % trifft nicht alle gleich. Leute, deren Einkommen für das lebensnotwendige verplant ist, werden dadurch schwerwiegende Einschränkungen hinnehmen müssen. Wer einen eigenen Haushalt führt, weiß wie hoch der Anteil der Lebenshaltungskosten am verfügbaren Geld jetzt schon ist. Dieser Betrag wird nochmals höher.

Die Mehreinnahmen betragen 2,2 Mrd. DM, davon sollen Steuerentlastungen bei Investitionen finanziert werden - kommen also den ohnehin schon Gutverdienenden zugute. Daß Investitionen nicht automatisch zur Schaffung neuer Arbeitsplätze führen, sondern im Gegenteil oftmals vorhandene wegrationalisieren, dürfte mittlerweile nicht nur dem Fachmann klar sein.

Weitere Beispiele, wo gekürzt werden soll. Alle im nächsten Jahr fälligen Rentenerhöhungen sollen um ein halbes Jahr auf den 1.7.83 verschoben werden. Die Regelsätze der Sozialhilfe sollen erst zum 1.7.83 und zwar nur um 2 % erhöht werden (Inflationsrate !!!). Wei bei der SPD/FDP-Regierung soll der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung von 4 auf 4,6 % steigen.

In den ersten zwei Krankenhauswochen (vorher 1 Woche) sollen die Patienten (mit Ausnahme von Kindern) einen Kostenbeitrag von 5,-- DM pro Tag zahlen (dürfen nur noch Kinder krank werden?).

Ledige mit steuerpflichtigem Einkommen ab 50.000 DM und Verheiratete ab 100.000 DM sollen '83 und '84 eine Zwangsanleihe von 5 % ihrer Stueuerschuld zahlen, die 1987 - 89 unverzinst zurückgezahlt wird.

Bei sozial Schwachen sind die Kürzungen real, während sie bei den wohlhabenden Leuten zurückgezahlt wird,- also höchstens symbolischen Charakter haben.

b.w.

## WOFOR GELD DA IST UND WOFOR NICHT

Die Haushaltspolitik der neuen Regierung (CDU + CSU + FDP) ist die Fortsetzung und Verschärfung der Politik der alten Regierung. Die Maßnahmen der Umverteilung von unten nach oben treffen besonders Arbeitslose, Rentner, Sozialhilfeempfänger usw. Ziel ist, die Lohnabhängigen mit Arbeit diesmal noch relativ zu verschonen. Die Blüm'sche Lohnpause setzt da aber schon andere Zeichen und deutet an, was noch kommen soll, d.h. weitere Einsparungen nach den Neuwahlen, für alle, die nicht Kapitalbesitzer sind.

Die "notwendige Haushaltssanierung" ist nur ein vorgeschobenes Argument, da gleichzeitig Steuererleichterungen und Subventionen für Unternehmer machbar sind und das Geld für Projekte wie Rhein-Main-Donau-Kanal, Hochtemperaturreaktor Schmehausen, Schneller Brüter Kalkar, Startbahn West, .... vorhanden ist.

Allein für den Schnellen Brüter sind im Haushalt '83 zusätzlich 3 Mrd. DM vorgesehen. Das ist das 1 1/2 - fache dessen, was 1981 für BAFÖG ausgegeben wurde. Auch durch die Umstellung auf Vollardarlehen wird im kommenden Jahr kein Pfennig gespart, da erste Darlehen frühestens ab Anfang der 90er Jahre zurückgezahlt werden.

Bei den Entscheidungen, wohin die Gelder fließen sollen, handelt es sich nachgewiesenermaßen um politische Entscheidungen und nicht um finanzpolitische Notwendigkeiten. Die Begründung für die Umschichtungen im Haushalt, nämlich Arbeitsplatzschaffung, dürfte selbst dem Dümsten nicht mehr einleuchten. Z.B. im Energiebereich können mit alternativen Technologien mehr Arbeitsplätze geschaffen werden als mit der Kernenergie. Wohin die konservative Wirtschaftspolitik führt, haben schon Thatcher und Reagan gezeigt:

Die Zahl derer, die am Rande des Existenzminimums leben, wird immer größer, die Wirtschaftslage immer schlechter und die Staatsverschuldung nimmt zu.

Es gilt, sich gegen die sogenannten Einsparungsmaßnahmen zur Wehr zu setzen. Unsere Ablehnung darf nicht nur den BAFÖG-Plänen gelten, sondern allen Haushaltskürzungen. Entsprechend ist die Zusammenarbeit mit allen Betroffenen zu suchen.

25.11., 14 Uhr  
UNI--Vollversammlung  
UNI--Vollversammlung  
UNI--Vollversammlung  
UNI--Vollversammlung  
Phil. II  
audi-max



## WEM WELCHE CHANCE ?

Die neue Bildungsministerin Dorothee Wilms (mit langjähriger Erfahrung in Sachen Bildungsforschung beim Institut der Deutschen Wirtschaft) im Bundestag:

"Ich finde es - erlauben Sie mir diese Bemerkung - beleidigend und diffamierend, wenn immer wieder von den 'armen Arbeiterkindern' die Rede ist. Ich glaube, daß der Facharbeiter in Deutschland heute stolz darauf ist ..., seine Kinder auch ohne staatliche Beihilfe zur Schule zu schicken und weiterzubilden zu können ..." Also seien auch die Arbeiterfamilien zu starken Einbußen bei den Finanzen bereit. Doch die Bereitschaft, wenn überhaupt vorhanden, schafft nun mal kein Geld.

Aber nochmals Wilms (wieder Debatte um die Kohlsche Regierungserklärung):

"Es geht um ein vielfältig gegliedertes und differenziertes Bildungssystem, das jedem einzelnen gerechte Chancen bietet. Nicht jedem gleiche Chance, sondern jedem seine Chance ..."

Was bleiben soll, ist die individuelle Schuld derjenigen, deren Chance durch das Einkommen ihrer Eltern beschränkt ist. Ihre Chance ist dann, keine Chance zu haben.

Weiter wird vom "Generationenvertrag" geredet. Es könne nicht angehen, daß der arbeitende Teil dem studierenden Teil der Gesellschaft über Steuern eine privilegierte Zukunft verschaffe. Diese Demagogie setzt darauf, daß Bildung ein Privileg für einige ist und die Masse nicht daran interessiert ist, einigen ein Privileg zu schaffen.

So wird das Interesse an einer umfassenden Bildung aufgespalten und die Ungleichheit der Bildungsmöglichkeiten für naturnotwendig erklärt. Auf dem Hintergrund, daß die bisherige Reform des Bildungswesens keineswegs "Chancengleichheit" verwirklicht hat, hofft die neue Regierung so Zustimmung zu finden.

### Zur Zeit verboten:

Die Demonstration am 4.12. gegen die BAFÖG-Pläne der Bundesregierung.

Die Begründung des Bonner Polizeipräsidenten lautet, am 4.12. wäre der zweite verkaufsoffene Samstag und durch die Demonstration würde Verkehr und Verkauf zusammenbrechen. Zudem hätten die VDS (Vereinigte Deutsche Studentenschaften) es abgelehnt, die Demonstration auf Sonntag zu verlegen (wo Bonn so gut wie ausgestorben ist).

Lassen wir uns diese Einschränkung des Demonstrationsrechts nicht gefallen. Unser Protest gegen BAFÖG-Liquidierung und Hochschulformierung geht vor die Verkaufsinteressen der Bonner Geschäftswelt.

## BAFÖG - DEMO

Bonn 4.12.

Abfahrt der Busse in Giessen:

9.<sup>00</sup> Uhr ab Neue Mensa.

Buskarten für 9 DM:

Überall, so auch im AStA.